

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	XI
 Einleitung .....	 1
I. Fragestellung: Der Einzelne im europäischen Verwaltungsgefüge .	1
II. Analyserahmen: Institutionelle und individuelle Dimensionen des europäischen Verwaltungsrechts .....	4
III. Diskussionsverläufe .....	6
IV. Forschungsfragen und Gang der Untersuchung .....	10
 A. Der Einzelne im Mittelpunkt des europäischen Verwaltungsrechts .....	 12
I. Strukturen der institutionellen Ausdifferenzierung: Drei Dimensionen der europäischen Verwaltungsarchitektur .....	12
II. Der Aufstieg des Einzelnen zur originären Kategorie – Ein neues Leitbild für das europäische Verwaltungsrecht .....	27
III. Der Einzelne als normative Konstruktion .....	43
IV. Rechte des Einzelnen im europäischen Konstitutionalisierungsprozess .....	54
 B. Der Einzelne als Träger subjektiv-öffentlicher Rechte – Grundlagen und Ausprägungen im europäischen Verwaltungsrecht .....	 67
I. Zum Begriff der subjektiv-öffentlichen Rechte im europäischen Verwaltungsrecht .....	67

II. Vom grundrechtsgleichen Schutz des Marktbürgers zur Unionsbürgerschaft: Der Weg des subjektiv-öffentlichen Rechts .....	78
III. Subjektiv-öffentliche Rechte des europäischen Verwaltungsrechts in der Ära der Grundrechtskodifikationen .....	120
C. Instrumente der Rechtsdurchsetzung .....	153
I. Die plurale Begründungsstruktur effektiver Rechtsdurchsetzung .....	155
II. Grundprinzipien der Rechtsschutzorganisation im europäischen Verwaltungsrecht .....	156
III. Problemschwerpunkte der wichtigsten Individualrechtsbehelfe zur Unionsgerichtsbarkeit .....	164
IV. Einbindung mitgliedstaatlicher Gerichte in den Rechtsschutzverbund .....	175
V. Die neue institutionelle Bedeutung des EGMR .....	179
VI. Außergerichtliche Mechanismen der Rechtsdurchsetzung .....	189
D. Der Rechtsstatus des Einzelnen im EU-Eigenverwaltungsrecht .....	200
I. Grundlagen .....	200
II. Sektorale Entfaltung der Verteidigungs- und Verfahrensrechte ..	202
III. Verfahrensrechte und Rechtsschutz gegenüber der Delegations- und Durchführungsrechtsetzung .....	278
IV. Von der sektoralen zur horizontalen Gewährleistung von Verfahrensrechten und Individualrechtsschutz? .....	297
E. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Bereich des mitgliedstaatlichen Vollzugs .....	308
I. Grundlagen .....	310
II. Die Rechtsposition des Einzelnen im europäisierten Verwaltungsverfahren .....	318
III. Die Rechtsstellung des Einzelnen im europäisierten Verwaltungsprozess .....	364

IV. Der unionsrechtliche Haftungsanspruch des Einzelnen gegen die Mitgliedstaaten .....	386
--	-----

## **F. Herausforderungen durch Verbundstrukturen:**

Der Einzelne im Planungs-, Regulierungs- und Informationsverbund .....	400
---	-----

I. Grundlagen .....	402
---------------------	-----

II. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Kontext europäischer Planungsverbünde .....	405
--	-----

III. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Bereich der Europäischen Regulierungsverbünde .....	419
---	-----

IV. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Kontext europäischer Informationsverbünde .....	436
--	-----

Gesamtergebnis .....	454
----------------------	-----

Rechtsaktsverzeichnis .....	463
-----------------------------	-----

Literaturverzeichnis .....	473
----------------------------	-----

Register .....	547
----------------	-----

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
 Einleitung .....	 1
I. Fragestellung: Der Einzelne im europäischen Verwaltungsgefüge .	1
II. Analyserahmen: Institutionelle und individuelle Dimensionen des europäischen Verwaltungsrechts .....	4
III. Diskussionsverläufe .....	6
IV. Forschungsfragen und Gang der Untersuchung .....	10
 A. Der Einzelne im Mittelpunkt des europäischen Verwaltungsrechts .....	 12
I. Strukturen der institutionellen Ausdifferenzierung: Drei Dimensionen der europäischen Verwaltungsarchitektur .....	12
1. Primärrechtliche Ausgangskonfiguration der Verwaltungs- organisation: Zweidimensionalität von EU-Eigenverwaltung und mitgliedstaatlichem Vollzug .....	15
a) Rechtsgrundlagen für den mitgliedstaatlichen Vollzug .....	15
b) Rechtsgrundlagen für die EU-Eigenverwaltung .....	16
2. Verbundstrukturen als dritte Dimension europäischer Verwaltung .....	18
a) Sachkompetenzen als Grundlagen sekundärrechtlicher Organisationsentwicklung .....	18
b) Bestätigung durch die neuere Rechtsprechung .....	21
3. Transformationsprozesse in der europäischen Verwaltungsorganisation .....	23
a) Überspielung der klassischen Aufgabenteilung von direktem und indirektem Vollzug .....	23
b) Herausbildung von Verbund- und Netzwerkstrukturen – Expansion der EU-Eigenverwaltung .....	24

II. Der Aufstieg des Einzelnen zur originären Kategorie – Ein neues Leitbild für das europäische Verwaltungsrecht .....	27
1. Die frühe Entdeckung von Fremdzweck und Selbstzweck .....	27
a) Der Einzelne als maßgeblicher Akteur bei der Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts ... ..	28
b) ... und als Entität um seiner Selbst willen .....	28
2. Dominanz funktional-instrumenteller Zwecke in der Ära des Marktbürgers .....	29
3. Die Normativitätsschübe von Maastricht und Lissabon: Konstitutive Ausrichtung auf den Einzelnen .....	32
4. Funktionale Subjektivierung und individuelle Autonomie: Rechtsvergleichende und rechtsstrukturelle Aspekte .....	33
a) Parallelen im Verwaltungsrechtsvergleich .....	33
b) Zur Relation der Zwecksetzungen. Primär- und Sekundärzwecke ...	34
5. Die doppelpolige Zweckstruktur als Herausforderung an das interdisziplinäre Orientierungswissen .....	35
a) Begrenzte Aussagekraft des Zweckdenkens in der Rechtswissenschaft .....	36
b) Interdisziplinäres Orientierungswissen für die funktional- instrumentelle Dimension .....	37
c) Interdisziplinäres Orientierungswissen für die individuell- autonome Dimension .....	39
III. Der Einzelne als normative Konstruktion .....	43
1. Vielgestaltigkeit der sozialen Erscheinungsformen: Unternehmen, Individuen und Interessengruppen als „Einzelne“ des europäischen Verwaltungsrechts .....	43
2. Die normative Konstruktion .....	49
3. Re-Differenzierung einzelner Statusverhältnisse .....	53
IV. Rechte des Einzelnen im europäischen Konstitutionalisierungsprozess .....	54
1. Ein neues Leitbild .....	56
2. Gegenläufige Konstitutionalisierungsprozesse .....	58
a) Der Weg des nationalen Verwaltungsrechts: Konstitutionalisierung von der Verfassung her .....	58
b) Der Weg des europäischen Verwaltungsrechts: Konstitutionalisierung auf die Verfassung hin .....	59
3. Funktionswandel der Individualrechte im Konstitutionalisierungsprozess .....	61
a) Stufen des Konstitutionalisierungsprozesses .....	61
b) Funktionswandel der Individualrechte .....	64

4. Konstitutionalisierung und Dekonstitutionalisierung: Die doppelte Bedeutung der europäischen Gesetzgebung .....	65
---	----

B. Der Einzelne als Träger subjektiv-öffentlicher Rechte – Grundlagen und Ausprägungen im europäischen Verwaltungsrecht .....	67
---	----

I. Zum Begriff der subjektiv-öffentlichen Rechte im europäischen Verwaltungsrecht .....	67
1. Unbestimmtheit und Entwicklungsoffenheit einer Grundkategorie des Rechts .....	68
2. Handhabung durch den Gerichtshof .....	70
3. Das subjektiv-öffentliche Recht als Relations- und Strukturbegriff .....	72
a) Autonome unionsrechtliche Begriffsbildung vor mitgliedstaatlichem Erfahrungshintergrund. Normativierung, Relationierung, Grundrechtsorientierung: Konzeptioneller Wandel im deutschen Verwaltungsrecht .....	73
b) Dreigliedrige Grundstruktur des subjektiv-öffentlichen Rechts im Unionsrecht .....	75

II. Vom grundrechtsgleichen Schutz des Marktbürgers zur Unionsbürgerschaft: Der Weg des subjektiv-öffentlichen Rechts .....	78
1. Allgemeine Rechtsgrundsätze als individualschützende Grundstruktur des europäischen Verwaltungsrechts .....	79
a) Richterrechtliche Ausprägung der wichtigsten Verfahrensgarantien. Die europäischen Marktbürger als Nutznießer .....	79
b) Das Recht auf Anhörung als europäisches Kernverfahrensrecht .....	84
c) Verteidigungsrechte als verfahrensbezogene Operationalisierungsebene .....	87
d) Richterrechtliche Subjektivierung des Gemeinsamen Marktes. Grundfreiheiten als Rechtstitel europäischer Marktbürger .....	88
e) Entfaltung der individuellen Gehalte. Warenverkehrsfreiheit als Zentralnorm der europäischen Wirtschaftsverfassung. ....	89
f) Zur Abgrenzung von Grundfreiheiten und Grundrechten .....	91
2. Die Entdeckung der Gemeinschaftsgrundrechte im Verwaltungsprozess .....	94
a) Das europäische Verwaltungsrecht als Laboratorium der richterrechtlichen Grundrechtsentfaltung .....	94
b) Zum Anwendungsbereichs der EU-Grundrechte: Die Urteile Wachauf und ERT .....	98

3. Der Weg vom Marktbürger zum Unionsbürger .....	102
a) Die Unionsbürgerschaft als neuer Grundstatus des Einzelnen? ....	103
b) „Civis Europaeus Sum“. Die Projektion der Unionsbürgerschaft. ..	104
aa) Unionsbürgerschaft als Quelle politischer Rechte .....	106
bb) Unionsbürgerschaft als „Nukleus einer europäischen Solidarität“ .....	106
c) Verselbständigung der Unionsbürgerschaft .....	109
4. Der Unionsgesetzgeber als Akteur der Individualrechtsgestaltung .....	111
a) Richterrechtliche Subjektivierung der legislativen Handlungsformen: Eine institutionelle Paradoxie .....	112
b) Unionsgesetzgebung zwischen Funktionsbegriff und Rechtsbegriff	115
c) Verfahrens- und Rechtsschutzgestaltung durch den Unionsgesetzgeber .....	117
III. Subjektiv-öffentliche Rechte des europäischen Verwaltungsrechts in der Ära der Grundrechtskodifikationen .....	120
1. Die europäische Grundrechtsarchitektur nach Lissabon .....	120
a) Unionsgrundrechte, Europäische Menschenrechtskonvention und Grundrechtecharta als verschränkte Gewährleistungen .....	120
b) Grundrechtsmaximinierung und neue Unübersichtlichkeit .....	121
2. Die Europäische Menschenrechtskonvention als Maßstab des Unionsrechts .....	122
a) Rezeption durch das Medium allgemeiner Rechtsgrundsätze .....	123
b) Erstreckung der EMRK auf ökonomisch geprägte Sachverhalte und Wirtschaftssubjekte .....	124
c) Zusammenführung von effet utile, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten: Der Rechtsbegründungsstandard des Urteils Johnston .....	127
d) Die Rezeption der EMRK in der weiteren Rechtsentwicklung. Das Unionsrecht auf dem Weg zum Beitritt zur EMRK .....	129
3. Die EU-Grundrechtecharta zwischen individualrechtlichem Aufbruch und Versteinierung des status quo .....	132
a) Facetten des individualrechtlichen Aufbruchs .....	133
aa) Erweiterung und Vertiefung des materiellen Grundrechts- bestands: Menschenwürde, Wirtschaftsgrundrechte, Diskriminierungsverbote und soziale Grundrechte .....	133
bb) Verfahrensrechtlicher Neubeginn im Recht auf gute Verwaltung? .....	135
(1) Zwischen Verfahrensgerechtigkeit und Good Governance, Hard Law und Soft Law: Konzeptionen guter Verwaltung .	135
(2) Die kleine Lösung in Artikel 41 GrCh: Gute Verwaltung als Sammelgrundrecht .....	137
(3) Verkürzung des Anwendungsbereichs auf die EU-Eigenverwaltung .....	139

b) Gegenläufige Tendenzen .....	140
aa) Das Grundrechtsbegrenzungsinstrumentarium der Grundrechtecharta .....	140
bb) Das institutionelle Gefährdungsszenario: Verselbständigung der Grundrechtecharta in Richterhand ....	142
cc) Kohärenzverluste durch textliche Entkopplung von Charta und Unionsverträgen und Opt-Out-Klauseln .....	144
c) Die Grundrechtecharta als strukturierendes Zentrum der Grundrechtsjudikatur – Die neue Normativität in der Rechtsprechungspraxis .....	146
aa) Wirkungsrichtung unmittelbar gegen die Unionsgewalt .....	147
bb) Wirkungsrichtung gegen die Mitgliedstaaten .....	148

## C. Instrumente der Rechtsdurchsetzung ..... 153

I. Die plurale Begründungsstruktur effektiver Rechtsdurchsetzung	155
II. Grundprinzipien der Rechtsschutzorganisation im europäischen Verwaltungsrecht .....	156
1. Zentraler und dezentraler Individualrechtsschutz .....	156
2. Das Trennungsprinzip der Foto-Frost-Doktrin .....	158
3. Dynamik der Verbundstrukturen .....	159
4. Binnendifferenzierung in der Gerichtsverfassung der EU .....	161
III. Problemschwerpunkte der wichtigsten Individualrechtsbehelfe zur Unionsgerichtsbarkeit .....	164
1. Nichtigkeitsklage als Instrument des Individualrechtsschutzes und Schaltzentrale im Rechtsschutzverbund .....	165
2. Primärrechtsschutz jenseits der Nichtigkeitsklage .....	168
3. Konkurrenz des Sekundärrechtsschutzes .....	171
IV. Einbindung mitgliedstaatlicher Gerichte in den Rechtsschutzverbund .....	175
1. Mitgliedstaatliche Gerichte als funktionale Unionsgerichte ...	175
2. Aufgabendifferenzierung entlang des Instanzenzugs .....	177
V. Die neue institutionelle Bedeutung des EGMR .....	179
1. Vom Auslegungsmonopol des EuGH zur mittelbaren Kontrollkompetenz des EGMR .....	180
a) Konformitätsvermutung und „manifestly deficient“-Standard der Entscheidung Bosphorus .....	182
b) Der EGMR und die „funktionalen Unionsgerichte“ .....	185
2. Der EGMR in der Beitrittsperspektive. Die Individualbeschwerde gegen Rechtsakte der Unionsorgane .....	185



VI. Außergerichtliche Mechanismen der Rechtsdurchsetzung .....	189
1. Europäischer Bürgerbeauftragter .....	189
a) Grundlagen des Amtes .....	190
b) Die Rechtsschutzfunktion des EU-Bürgerbeauftragten .....	191
c) Der Bürgerbeauftragte als Akteur der Recht- und Regelungsetzung ...	193
2. Weitere außergerichtliche Institutionen im Dienste des Einzelnen .....	194
a) Europäischer Datenschutzbeauftragter .....	195
b) EU-Grundrechteagentur .....	198
 D. Der Rechtsstatus des Einzelnen im EU-Eigen- verwaltungsrecht .....	200
I. Grundlagen .....	200
1. Das Gegenübertreten von supranationaler Hoheitsgewalt und privaten Akteuren im EU-Eigenverwaltungsrecht .....	200
2. Genuine Formation eines Individualrechtsregimes .....	202
II. Sektorale Entfaltung der Verteidigungs- und Verfahrensrechte ..	202
1. Das europäische öffentliche Dienstrecht als Nukleus und Katalysator der Individualrechtsentwicklung .....	204
a) Individualrechtsschutz im Zusammenspiel von richterrechtlichen Rechtsgrundsätzen und Bereichskodifikation .....	207
b) Verbot der <i>déni de justice</i> als individualschützendes Mandat der europäischen Rechtsprechung .....	208
c) Entfaltung des Anhörungsrechts .....	209
d) Subjektivierung der Individualrechtsbegründung: Von den objektiven Verwaltungsgrundsätzen zur Personalisierung und Grundrechtsorientierung der Verfahrensrechtsbegründung ...	212
e) Modellcharakter für die institutionell-organisatorische Ausgestaltung des Individualrechtsschutzes .....	213
aa) Verwaltungsinterner Rechtsschutz .....	213
bb) Ausdifferenzierung der Gerichtsverfassung .....	214
cc) Pionierfunktion beim Rechtsschutz im Bereich verselb- ständigter Verwaltungseinheiten und bei den außergerichtlichen Konfliktlösungsmechanismen .....	215
2. Konsolidierung von Verfahrensrechten und Rechtsschutz im Wettbewerbsrecht .....	216
a) Die unternehmensbezogene Wettbewerbsaufsicht als vertragstextliches Fundament der europäischen Eigenverwaltung. Gegenübertreten von Kommission und Privaten unter dem EWG-Vertrag .....	218
b) Operationalisierung der Wettbewerbsaufsicht durch den Gemeinschaftsgesetzgeber .....	219

aa) Die Kartellverfahrensverordnung 17/62/EWG als Vollzugsgrundlage .....	220
bb) Re-Organisation durch die Kartellverfahrensverordnung 1/2003/EG .....	221
(1) Umstellung von der a priori- auf die a posteriori-Kontrolle ..	222
(2) Netzwerk der Wettbewerbsbehörden .....	222
cc) Aufsichts- und Sanktionsbefugnisse der Kommission gegenüber den Unternehmen .....	224
dd) Ausdifferenzierung der Bereichskodifikation: Handlungsrahmen und Eingriffsbefugnisse der Fusionskontrollverordnung .....	226
ee) Ausgestaltung von Verfahren und Rechtsschutz .....	227
c) Expansion und Vertiefung der kommunikativen Verfahrensdimension .....	228
aa) Der verfahrensrechtliche Aufbruch in Transocean Marine Paint: Universalisierung des Rechts auf Anhörung ....	229
bb) Rezeption und Fortentwicklung .....	231
cc) Verselbständigung des Akteneinsichtsrechts .....	232
dd) Begründungspflichten .....	234
d) Einbindung des „Dritten“ in das Verwaltungsverfahren .....	235
aa) Beschwerdeführer und weitere Drittbeteiligte .....	236
bb) Rechtsdurchsetzung mit Mitteln des Privatrechts .....	238
e) Verfahrensgrundrechte als Maßstab der Wettbewerbsaufsicht ....	240
aa) Grundrechtlicher Reformdruck .....	240
bb) Reaktion der Rechtsprechung .....	241
cc) Stufung der Schutzstandards als Folgewirkung: Wechselwirkung zwischen weitem Schutzbereich und erleichterter Einschränkung .....	243
f) Administrative Beurteilungsspielräume als Individualrechtsgefährdung. Kompensation durch Verfahrensrechte .....	245
aa) Beurteilungsspielräume zugunsten der Wettbewerbsaufsicht ..	246
bb) Kompensation durch Verfahren .....	250
g) Handhabung von Verfahrensfehlern .....	252
aa) Das strenge Fehlerfolgenregime .....	252
bb) Rückbezüge zum Verhältnis von Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess .....	255
cc) Ökonomisierung des Fehlerfolgenrechts .....	255
3. Zwischen Eigenverwaltung und Verwaltungsverbund: Verfahren und Rechtsschutz in mehrstufigen Verwaltungsverfahren .....	258
a) Mehrstufige Entscheidungsstrukturen in der Zollverwaltung .....	259
b) Der Verfahrensgedanken im gestuften Verwaltungsverfahren ....	261
aa) Die Rechtssache TU München .....	261
bb) Die nachfolgende Rechtsentwicklung .....	263
cc) Verfahrensrechte im Zollkodex .....	264
c) Rechtsschutz im Zollverfahrensrecht .....	265

4. Institutionelle Verselbständigung als Herausforderung .....	266
a) Verfahrensrechte gegenüber Europäischen Agenturen .....	267
aa) Bedeutung der Gründungsrechtsakte. Korrelation zwischen Kompetenzprofil und Individualrechtsgewährleistung .....	267
bb) Rechtspraktische Ausgestaltung .....	268
(1) Ausgebaute Verfahrensregime bei Agenturen mit verfahrensabschließenden Kompetenzen .....	268
(2) Unterentwickelte Verfahrensrechte bei verfahrens- integrierten Kompetenzen .....	270
b) Rechtsschutz gegen das Handeln der Europäischen Agenturen ....	274
aa) Sektorale Ausdifferenzierung des Individualrechtsschutzes durch den Unionsgesetzgeber .....	274
bb) Individualrechtsschutz im Rahmen des Artikel 263 Abs. 4 AEUV .....	276
cc) Bedeutung außergerichtlichen Rechtsschutzes .....	277
III. Verfahrensrechte und Rechtsschutz gegenüber der Delegations- und Durchführungsrechtsetzung .....	278
1. Delegations- und Durchführungsrechtsetzung .....	280
a) Das Komitologieregime .....	280
b) Neuordnung durch den Vertrag von Lissabon, Artikel 290, 291 AEUV .....	281
2. Beteiligung der Bürger und Unternehmen .....	283
a) Restriktive Ausgestaltung individueller Verfahrensrechte .....	283
b) Mediation von Individualinteressen durch Konsultation von Interessengruppen? .....	286
c) Perspektiven .....	287
3. Individualrechtsschutz gegen die Delegations- und Durchführungsrechtsetzung .....	289
a) Zwischen Vorabentscheidungsverfahren und Nichtigkeitsklage ....	289
b) Neuausrichtung der „individuellen Betroffenheit“ bei der Nichtigkeitsklage? Die Kontroverse in UPA und Jégo-Quéré .....	290
c) Teilprivilegierung der Klagebefugnis im Vertrag von Lissabon. Differenzierung zwischen Gesetzgebung sowie Durchführungs- und Delegationsrechtsetzung .....	292
IV. Von der sektoralen zur horizontalen Gewährleistung von Verfahrensrechten und Individualrechtsschutz? .....	297
1. Horizontalisierung durch Richterrecht .....	298
2. Horizontalisierung durch den Vertragsgeber .....	299
a) Ausprägung in den Unionsverträgen .....	299
b) EMRK und Grundrechtecharta .....	299
3. Horizontalisierung durch den Unionsgesetzgeber .....	300
a) Teil- und Gesamtkodifikationen als Horizontalisierungs- phänomene .....	300

b) Perspektiven eines europäischen Verwaltungsverfahrensgesetzes ...	301
aa) Initiativen des Bürgerbeauftragten und des Europäischen Parlaments .....	302
bb) Artikel 298 AEUV als Gesetzgebungskompetenz .....	303
4. Grenzen der Horizontalisierung .....	305

## E. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Bereich des mitgliedstaatlichen Vollzugs ..... 308

I. Grundlagen .....	310
1. Grund und Grenzen der mitgliedstaatlichen Verfahrensautonomie .....	310
2. Verfahren und Rechtsschutz in der Einflussosphäre des Unionsrechts .....	312
3. Komplementäre Formation eines Individualrechtsregimes ....	314
4. Einwirkungspfade .....	315
a) Normative Vorgaben des Unionsrechts .....	316
b) Selbstkoordination der Mitgliedstaaten .....	317
II. Die Rechtsposition des Einzelnen im europäisierten Verwaltungsverfahren .....	318
1. Konkurrenz der Verfahrensleitbilder .....	318
a) Die „dienende Funktion“ der Verfahrensrechte unter dem VwVfG ..	320
b) Der Eigenwert des Verfahrens im europäischen Verwaltungsrecht ..	322
c) Grundrechtsschutz durch Verfahren .....	324
2. Verfahrensgestaltung durch Richterrecht: Überlagerung des mitgliedstaatlichen Vollzugs durch richterrechtlich ausgeprägte Prinzipien des Primärrechts ....	325
a) Verfahrensrechte zwischen mitgliedstaatlicher Verfahrensautonomie und Effektivitätsprinzip .....	325
aa) Die Rückforderung mitgliedstaatlicher Beihilfen zwischen Paradigma und Sonderfall. Belastung des Einzelnen durch Einschränkungen des Vertrauensschutzes. ....	326
bb) Gegenläufige Entwicklungen: Beobachtungen am Beispiel der Durchbrechung der Bestandskraft von Verwaltungsentscheidungen .....	330
b) Zwischen Mindestharmonisierung und Reformimpulsen: Der Einfluss allgemeiner Verfahrensgrundsätze .....	332
3. Verfahrensgestaltung durch den Unionsgesetzgeber: Der Einzelne als Adressat systematischer Verfahrensrechtsinnovationen .....	334
a) Mobilisierung des Einzelnen als Teil der Umweltöffentlichkeit ....	334
aa) Vorhabenbezogene Verfahrenssubjektivierung .....	336

bb)	Informationsansprüche und Verfahrenstransparenz .....	346
cc)	Subjektiv-öffentliche Rechte auf Umweltplanung .....	348
b)	Subjektivierung des Vergabeverfahrens .....	350
aa)	Erstreckung des Binnenmarkts auf den Bereich öffentlicher Aufträge .....	350
bb)	Das Fehlen subjektiver Rechte im traditionellen haushaltsrechtlichen Ansatz des deutschen Vergaberechts .....	351
cc)	Transparenz und Wettbewerb als Verfahrensgrundsätze im Kartellvergaberecht (§§ 97 ff. GWB) .....	352
dd)	Mobilisierung der Wettbewerber zur Verfahrenskontrolle .....	354
c)	Verkehrsfähigkeit öffentlicher Rechte .....	355
aa)	Das europäische Wirtschaftsrecht als Katalysator hin zur Verkehrsfähigkeit .....	356
bb)	Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten .....	358
cc)	Frequenzhandel im Telekommunikationsrecht .....	359
dd)	Weitere Handlungsfelder .....	361
III.	Die Rechtsstellung des Einzelnen im europäisierten Verwaltungsprozess .....	364
1.	Die Rechtsschutzfunktion mitgliedstaatlicher Gerichte .....	365
a)	Der Trennungsgrundsatz in der Rechtsschutzorganisation der EU ..	366
b)	Grenzen des Trennungsgrundsatzes .....	366
2.	Rechtsschutzbezogene Grenzen der mitgliedstaatlichen Verfahrensautonomie .....	368
3.	Unionsrechtlicher Ausbau des Individualrechtsschutzes .....	370
a)	Erweiterung der statthaften Rechtsbehelfe .....	371
b)	Erweiterung der angreifbaren Rechtsakte .....	374
c)	Erweiterung der klagbaren Rechtspositionen .....	375
d)	Konkurrenz des überindividuellen Rechtsschutzes .....	377
4.	Die Kehrseite: Lockerung der gerichtlichen Kontrolldichte ...	379
a)	Ausbleiben rechtsschutzmaximierender Effekte: Zugang zu Gericht und gerichtliche Kontrollleistung als „System kommunizierender Röhren“ .....	380
b)	Erschütterung der deutschen Kontrolldichtekonzeption .....	382
5.	Folgerungen für das deutsche Verwaltungsprozessrecht .....	385
IV.	Der unionsrechtliche Haftungsanspruch des Einzelnen gegen die Mitgliedstaaten .....	386
1.	Grundlagen .....	387
a)	Plurale Begründungsstruktur .....	388
b)	Universalisierung des Anwendungsbereichs .....	389
2.	Europäisierung als Modernisierungsimpuls .....	391
3.	Komplementärverhältnis unionaler und mitgliedstaatlicher Haftungsvoraussetzungen .....	393

a) Der unionsrechtliche Kerntatbestand .....	394
b) Komplementäre Voraussetzungen des mitgliedstaatlichen Rechts ..	396
4. Einflussnahme supranationaler Verwaltungsstellen auf den mitgliedstaatlichen Vollzug .....	397

## F. Herausforderungen durch Verbundstrukturen: Der Einzelne im Planungs-, Regulierungs- und Informationsverbund .....

I. Grundlagen .....	402
1. Der konstitutive Aufgabenbezug europäischer Verwaltungsverbünde .....	402
2. Erfahrungen aus dem Bereich der Produktzulassung .....	403
II. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Kontext europäischer Planungsverbünde .....	405
1. Planung als europäische Verwaltungsaufgabe – Planungsverbünde als Modi der Aufgabenerfüllung .....	405
2. Rechtsschutzverluste zwischen den Planungsstufen: Verfahrensrechte und Rechtsschutz am Beispiel der Habitatschutzplanung .....	407
a) Verklammerung mitgliedstaatlicher und supranationaler Planungsbeiträge. Gegenläufige Raumnutzungsinteressen privater Akteure .....	408
b) Habitatschutzplanung aus Sicht der Grundstückseigentümer und sonstigen „negativ“ Betroffenen .....	410
aa) Defizite bei der Sicherung der Verfahrensrechte .....	410
bb) Defizite beim gerichtlichen Rechtsschutz .....	412
c) Einzelne als Hüter des Habitatschutzverbundes? Individueller und kollektiver Rechtsschutz „positiv“ Betroffener ...	415
III. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Bereich der Europäischen Regulierungsverbünde .....	419
1. Regulierung als europäische Verwaltungsaufgabe .....	420
2. Regulierungsverbünde als Modi der Aufgabenerfüllung .....	422
3. Pluralisierung der individuellen Akteure: Regulierungsbehörde, Unternehmer und Verbraucher im Regulierungsdreieck .....	423
4. Verfahrensrechte und Rechtsschutz der Regulierungs- adressaten: Das Beispiel des Regulierungsverbunds des Telekommunikationsrechts .....	424
a) Die Bundesnetzagentur im Verfahren der Marktregulierung .....	425
b) Formen der Vollzugsverschränkung .....	427

c) Verfahrensgestaltung .....	428
d) Gerichtlicher Rechtsschutz .....	429
aa) Individualrechtsschutz in mehrstufigen Verwaltungsverfahren mit supra- und transnationalen Elementen .....	429
bb) Unionsrechtliche Erzwingung behördlicher Gestaltungsspielräume .....	431
IV. Der Rechtsstatus des Einzelnen im Kontext europäischer Informationsverbünde .....	436
1. Information als Schlüsselbegriff des europäischen Verwaltungsrechts .....	437
2. Verfahren und Rechtsschutz in institutions- bezogenen Informationsverbünden .....	439
a) Die verbundspezifische Gefährdungslage am Beispiel des OLAF ...	440
b) Unzulässigkeit der Nichtigkeitsklage. Schadenersatzklage als Auffangrechtsbehelf .....	441
c) Stärken und Schwächen des außergerichtlichen Rechtsschutzes ...	442
d) Individualbeschwerde zum EGMR .....	443
e) Privilegierter Rechtsschutz für den europäischen öffentlichen Dienst .....	444
3. Verfahren und Rechtsschutz in systembezogenen Informationsverbünden .....	445
a) Datenbankbasierte Informationssysteme als informationelle Infrastruktur .....	446
b) Verfahrensgestaltung zwischen Informationsfreiheit, Datenschutz und Sicherheitspolitik .....	448
c) Verbundspezifischer Primär- und Sekundärrechtsschutz in der gesetzlichen Ausgestaltung .....	451
Gesamtergebnis .....	454
Rechtsaktsverzeichnis .....	463
Literaturverzeichnis .....	473
Register .....	547